Grenzgänger werden weiterhin benachteiligt

50.000 Vorarlberger Grenzgänger-Pensionisten müssen mehr Steuern zahlen.

HANNA REINER
E-Mail: hanna.reiner@vorarlbergernachrichten.at
Telefon: 05572/501-682

Hubert Lötsch (PV), Martin Feurstein, Daniel Zadra (Grüne), Gerald Loacker (Neos), Magnus Brunner (ÖVP), Elmar Mayer (SPÖ), Herbert Fechtig und Karl Sackl (VGV), Bernhard Themessl (FPÖ), Erich De Gaspari (PV).

LUSTENAU. 50.000 Pensionisten in Vorarlberg beziehen eine Rente aus der Schweiz oder aus Liechtenstein und müssen im Gegensatz zu den Pensionisten mit österreichischer Rente mehr Steuern zahlen. Eine Ungerechtigkeit, reklamiert der Vorarlberger Grenzgängerverband (VGV) seit vielen Jahren. Schuld daran ist der Auszahlungsmodus. Die österreichische Rente wird 14 Mal im Jahr ausbezahlt, die Pensionisten kommen dabei in den Genuss der begünstigten Sechstel-Regelung des Weihnachts- und Urlaubgeldes. Heißt, die ersten 620 Euro sind steuerfrei, das restliche Einkommen wird zu sechs Prozent versteuert.

Da die Auszahlung in Liechtenstein aber nur zwölf Mal, in der Schweiz 13 Mal erfolgt, kommen diese Pensionsbezieher nicht in den Genuss des begünstigten Steuersatzes. „Ein Kuriosum", ärgert sich Herbert Fechtig, Obmann des VGV, der hier Gleichheit und Gerechtigkeit fordert. Denn dem nicht genug, würden Grenzgänger dadurch auch beim Heizkostenzuschuss benachteiligt. Denn dadurch, dass bei Grenzgängern nur zwölf Pensionen gerechnet werden, weisen sie insgesamt höhere Bezüge aus und fallen deshalb oft aus den Einkommensgrenzen des Heizkostenzuschusses heraus.

Auszahlungsmodus ändern

Die Forderung des Grenzgängerverbandes ist daher klar: Die Umstellung des Auszahlungsmodus von Grenzgängerpensionen auf genauso 14 Auszahlungen pro Jahr. Zuständig dafür sind die dortigen Pensionskassen. Das würde für die Auslandspensionsbezieher nicht nur bis zu 1400 Franken mehr Nettoeinkommen im Jahr bringen, sondern, und darum geht es dem Verband, Gerechtigkeit bringen. Denn man wolle ja keinen Vorteil haben, sondern einfach gleiche Bedingungen wie die österreichischen Pensionsbezieher.

Als Alternative gäbe es da noch den Grundfreibetrag, wie ihn derzeit Selbstständige bekommen. Dieser entspreche in etwa dem Steuersechstel. „Was für die eine Personengruppe Recht ist, sollte auch für andere gelten", argumentiert Fechtig. Seit Jahren liegt diese Forderung nun am Tisch. Dass sie bislang in Wien ungehört blieb, liegt wahrscheinlich auch daran, dass das Thema dort weniger Brisanz hat als hierzulande. Aus diesem Grund hat der Grenzgängerverband neben dem Pensionistenverband, der sich ebenfalls seit Jahren für das Thema stark macht, die Vorarlberger Vertreter der Parlamentsparteien zu einem Gespräch geladen. Bis auf das Team Stronach kamen alle Abgeordneten selbst bzw. Vertreter. Zusammen in Wien als Vorarlberger aufzutreten und das über die Parteigrenzen hinweg, das war das Ziel des Treffens.

Gegenfinanzierung

Es sei ein gutes Gespräch gewesen, betont Fechtig. Es wurde viel diskutiert, natürlich auch über die Kosten. Was also kostet die Gleichstellung der Auslandspensionsbezieher? Der Steuerexperte des Grenzgängerverbandes, Martin Feurstein, schätzt diese auf 50 bis 80 Millionen Euro im Jahr. Aber der stv. VGV-Obmann Karl Sackl hat bereits einen Vorschlag zur Gegenfinanzierung: die Quellensteuer, die den österreichischen Fiskus viel mehr koste. Besonders durch die Neuregelung 2014 hätten sich die Quellensteuer-Mehreinnahmen für die Schweiz deutlich erhöht und der österreichische Staat verliere dadurch viel Geld.

Hoffnung auf Schelling

Weil das Gespräch mit den Abgeordneten sehr konstruktiv verlaufen sei, gebe es nun einen gewissen Optimismus, dass nun endlich etwas passiere. Auch weil man nun einen Finanzminister mit Vorarlberger Wurzeln habe, dem das Thema Grenzgänger nicht unbekannt sein dürfte. Ein Gespräch mit Minister Schelling soll nun der nächste Schritt sein.

Die Hoffnung gibt der Verband jedenfalls nicht auf. Schließlich kämpft man schon lange darum, dass in Zukunft auch der letzte Schritt erfolgt: eine Gleichstellung der Grenzgängerpensionisten.